

Stark im Wandel: Der DGB zur Kommunalwahl 2020

NRW steht vor großen Herausforderungen: Strukturwandel, Klimawandel und Digitalisierung haben bereits deutliche Auswirkungen auf unsere Lebens- und Arbeitswelt. Diese Transformation gilt es sozial, ökologisch und fair zu gestalten, vor Ort und in jeder Region. Gleichzeitig muss das friedliche und respektvolle Miteinander der Menschen vorangetrieben werden. Der DGB steht für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Der Politik der Spaltung setzen wir Solidarität und Zusammenhalt entgegen.

Zur Kommunalwahl 2020 fordern wir:

1. Gute Arbeit.

Die öffentliche Hand und ihre Betriebe müssen sich zu Guter Arbeit und Ausbildung verpflichten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass neben der Wirtschaftlichkeit auch soziale Kriterien wie Tariftreue, fairer Handel und Mitbestimmung gewährleistet sind. Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen muss sich positiv auswirken. Wir fordern ein kommunales Arbeitsmarktprogramm, das alle Zielgruppen in den Blick nimmt. Dazu zählen auch ein sozialer Arbeitsmarkt und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist unter Einbeziehung der Personalräte so zu entwickeln, dass Arbeitsschutz, Qualifizierung und gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten ebenso gewährleistet sind wie Bürgernähe und die Optimierung von Abläufen.

2. Aktive regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Die Wirtschaftsförderung in den Kommunen muss mit einer aktiven Strukturpolitik und Beschäftigungsförderung verbunden werden. Sie muss sich am Erhalt und der Schaffung neuer Wertschöpfung mit guter Arbeit in Industrie- und Dienstleistungsbranchen und für alle Qualifikationsstufen orientieren. Dabei sind die Stärkung der industriellen Basis und der Ausbau erneuerbarer Energien von elementarer Bedeutung. Wirtschaftsförderung muss sich dem Ziel verpflichten, Arbeitsplätze zu fördern, die tarifgebunden sind, in Unternehmen, in denen Sozialpartnerschaft gelebt wird und Betriebs- und Personalräte die Arbeitswelt mitgestalten. Kommunale Akteure, Beschäftigte und ihre Interessensvertretungen, Unternehmen, Wissenschaft, Weiterbildner und die Agentur für Arbeit müssen sinnvoll vernetzt werden. Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen allen Menschen und zu tragbaren Preisen zugänglich sein. Gemeinwohlorientierung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Dazu gehört auch die Rekommunalisierung von bereits privatisierten Unternehmen.

3. Mobilität für alle.

Mobilität für alle erfordert nachhaltige, sichere, effiziente und finanzierbare Lösungen in ländlichen und urbanen Räumen. Ziel muss es sein, den Verkehr bis 2050 CO²-neutral zu gestalten und gleichzeitig bezahlbare Mobilität in guter Qualität zu ermöglichen. Dabei müssen Fragen der Stadtentwicklung, Raumplanung und des Wohnungsbaus mit beachtet werden. Der tägliche Weg zur Arbeit darf nicht zur unlösbaren Herausforderung werden. Der öffentliche Personennahverkehr ist strategisch auszubauen. Die Taktzeiten und die Preisgestaltung sind so zu reformieren, dass der Umstieg auf ökologisch sinnvolle Verkehrsmittel sowohl in Ballungszentren als auch im ländlichen Raum gelingt.

4. Bezahlbarer Wohnraum.

Es braucht eine Offensive beim sozialen Wohnungsbau, beim Ausbau von Azubi-Wohnheimen und bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für kleinere und mittlere Einkommen. Die energetische Sanierung ist voran zu treiben. Ebenso müssen Mieterinnen und Mieter besser geschützt werden. Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften kommt bei der Schaffung von Wohnraum eine besondere Bedeutung zu. Öffentliche Liegenschaften oder Baugrund sollten nicht verkauft, sondern vorrangig in Erbpacht vergeben werden. Sollte es dennoch zum Verkauf kommen, muss die Gemeinwohlorientierung entscheidend sein. Ein Verkauf an private Investoren darf nur unter Anwendung sozialer Kriterien, wie bspw. einem Mindestanteil von Wohneinheiten zu einem bestimmten Miethöhe, zu Stande kommen.

5. Chancengleichheit in der Bildung.

Noch immer hängen Bildungschancen von der sozialen Herkunft ab. Es braucht eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige und für alle zugängliche Bildung von der KiTa bis zur Weiterbildung. Eine verantwortliche Schul- und Bildungspolitik stärkt die öffentliche Verantwortung und widersetzt sich Privatisierungstendenzen. Kommunen, die Chancengleichheit wollen, setzen auf integrative Schulformen, auf Inklusion, und fördern das längere gemeinsame Lernen. Investitionen sollten den Ansatz, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, unterstützen.

Gute Bildung braucht gute Räumlichkeiten: Die Investitionen in das Bildungswesen müssen deutlich erhöht werden. Das bedeutet auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur an städtischen Schulen. Chancengleichheit für alle benötigt eine regional abgestimmte Bildungsplanung. Um fehlendes Personal zu gewinnen braucht es bessere Arbeitsbedingungen. Kommunale Strategien zur Fachkräftegewinnung vor Ort können beim Wettstreit um bessere Bildung ausschlaggebend sein.

6. Stärkung der Demokratie.

Demokratie braucht Zusammenhalt. Er entsteht durch Teilhabe und Mitbestimmung, auch jenseits von Wahlen. Deshalb sind alle Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, auch nicht wahlberechtigte Ausländer, Kinder- und Jugendliche. Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer sollten das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn sie länger als zwei Jahre hier leben.

Ein demokratisches Gemeinwesen benötigt ein starkes soziales Netz. Ausgaben für soziale Leistungen, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur müssen gesteigert werden. Dazu gehört die dauerhafte Finanzierung von Notunterkünften, wie Frauenhäusern und Beratungsstellen.

